

CITIZEN

BRENNPUNKT

Nach Kopenhagen

Redaktion: woxx

Kühle Analysen trotz Erderwärmung. Schwerpunktthema der Februarnummer des „Brennpunkt“, der Zeitschrift der „Action solidarité Tiers monde“, sind die Konsequenzen des Klimagipfels von Kopenhagen.

Der Leitartikel von Dietmar Mirkes gibt den Ton vor: Die EU soll nicht mit dem Verweis auf China von den eigenen Unzulänglichkeiten ablenken.

Der Klimagipfel in Kopenhagen ist vorbei und hat Frust und Orientierungslosigkeit hinterlassen. Er war ein Ereignis, das für die internationale Klimapolitik grundlegende Weichen in die falsche Richtung stellte. Deshalb hat die Redaktion des Brennpunkts seinem Ablauf, seinen Ergebnissen und dem Thema „Anpassung“ darin ein ganzes Dossier gewidmet. Wer die Klimapolitik der nächsten Jahre verstehen will, muss Kopenhagen einigermassen einordnen können.

Mit einem Monat Abstand und dem Durchkämmen vieler Reaktionen und Kommentare aus diversen Lagern und Ländern kann man es drehen und wenden, wie man will: Der entscheidende Grund für das Scheitern des Gipfels von Kopenhagen ist, dass die Industrieländer sich zu keinen rechtlich verbindlichen Reduktionszielen verpflichtet haben. Einige kündigten schon vorher an, dass sie dies nicht wollten. Die großen Schwellenländer

China, Indien, Südafrika und Brasilien haben für Kopenhagen freiwillige Aktionspläne vorgelegt, mit denen sie ihren Anteil am 2-Grad-Ziel erbringen würden, während die Vorschläge der westlichen Industrieländer bei weitem nicht reichen; ihre Emissionen sind trotz versprochener Reduktionen weiter gestiegen. Das lange Sträuben Chinas gegen Kontrollen von außen, der Zwang zu einstimmigen UN-Beschlüssen, die Überfrachtung eines Ereignisses mit zu hohen Erwartungen – all dies spielte negativ mit hinein, aber es waren und sind eben nur zusätzliche Störfaktoren, die vom Kern des Problems, dem fehlenden politischen Willen bei vielen westlichen Industriestaaten, ablenken.

Es fällt auf, dass der Copenhagen Accord nur konkrete Zahlen beim Thema „Anpassung“ nennt, nicht beim Thema „Reduktion“. So also wollte man sagen: „Passt Euch gefälligst an – wir helfen Euch auch –, aber lasst uns so weitermachen wie bisher“. Es sei noch mal klargestellt: Wir im Norden müssen uns an die Gesetze der Natur anpassen, nicht die anderen im Süden an die Folgen unserer Fehler. (...)

Mehrere Texte beschreiben den Verlauf des Gipfels aus Sicht verschiedener Entwicklungs-NGOs. Mirkes kritisiert insbesondere das Endergebnis, den so genannten „Copenhagen Accord“:

(...) Am Wichtigsten ist, was nicht drinsteht: Er enthält keine rechtlich verbindlichen Reduktionsziele. Jedes Industrieland soll individuell oder in einer Staatengruppe bis zum 31.01.10 in Anhang I sein Reduktionsziel bis 2020 angeben sowie das Basisjahr, ab wann die Reduktion gerechnet wird. Solcherlei freiwillige Vereinbarungen erlauben kein abgestimmtes „Burden Sharing“ und ergeben eine beliebige, nicht vorhersehbare globale Summe. (...) Prof. Schellenhuber vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung meint dazu:

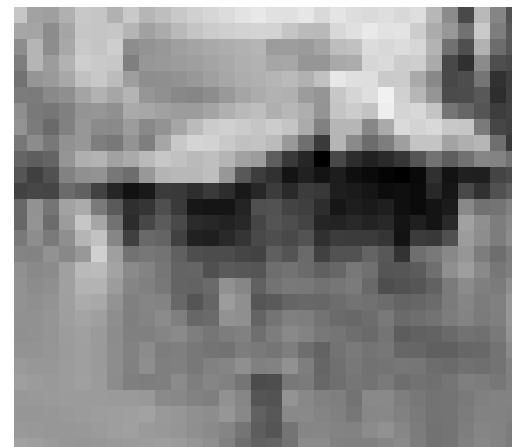
„...mit diesem Klingelbeutelprinzip, nach dem jeder gibt, was er für angemessen hält, (...) bewegen wir uns auf eine 3-bis-4-Grad-Welt mit kaum beherrschbaren Risiken zu.“ (...)

Zweitens wurde der Accord in Kopenhagen von einer kleinen Gruppe der Mächtigen gegen alle demokratischen Prinzipien der UN entworfen und vom Kyoto-Plenum nur „zur Kenntnis genommen“, d.h. er hat keine Rechtsgültigkeit. Kommentare einiger der 26 Länder, die an seiner Ausarbeitung beteiligt waren (z. Bsp. Indien, Sudan) zeigen, dass sie dem Accord zugestimmt haben, weil sie davon ausgingen, dass die Vollversammlung ihn annimmt. Ihre weitere Befürwortung des Accords steht auf dünnem Eis.

Drittens ist das Zahlungsziel, bis 2012 30 Milliarden und bis 2020 100 Milliarden Dollar pro Jahr zu erbringen, nur eine in den Raum gestellte glatte Zahl ohne irgendeine verbindliche Aufteilung nach der Mittelherkunft („a variety of sources“) oder nach Länderschlüsseln. (...)

Ein Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, ob diese Summen zusätzlich zur Entwicklungshilfe aufgebracht werden sollen, und was das für Luxemburg bedeutet. In einem anderen analysiert Ingmar Schumacher, was der mit diesem Geld dotierte „Copenhagen Green Climate Fund“ wirklich erreichen kann:

(...) Von den 30 Milliarden Dollar will die EU, laut dem Kopenhagener Abkommen, insgesamt 10,6 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen, was in etwa 0,07 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes ausmacht. Japan will mit 11 Milliarden ungefähr 0,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes geben, und die USA mit 3,6 Milliarden nur 0,02 Prozent. Die benötigten Gelder liegen jedoch, laut einer Studie des United Nations Development Program in 2007, eher zwischen 86 und 109 Milliarden Dollar pro Jahr. Es fehlen also noch mindestens 76 Milliarden Dollar pro Jahr, um genügend Projekte voranzu-



Die Kosten des Klimawandels: Häufigere Überschwemmungen in Ländern wie Bangladesch.

FOTO: FOTO: FLICKR.COM

treiben. Es ist ja auch nicht so als ob die entwickelten Länder diese Gelder nicht zur Verfügung hätten. Die 3,6 Milliarden Dollar, die die USA zur Verfügung stellen will, ergeben noch nicht einmal 0,5 Prozent der Gelder, die sie für den Bailout 2008 gedruckt hat. (...)

Weil der Ausstoß von Kohlendioxid einer der Hauptgründe für den durch Klimawandel verursachten Schaden in den Entwicklungsländern ist, sollten die Länder Gelder proportional zu ihren Emissionen aufbringen. Da die USA für ca. 33 Prozent der gesamten Emissionen verantwortlich ist, sollte sie auch 33 Prozent der Gelder des Grünen Kopenhagen Klimafonds aufbringen. In Anbetracht ihrer Emissionen käme die EU auf ca. 28 Prozent aller Gelder und Japan auf 5 Prozent.

Die Grundidee des Grünen Kopenhagen Klimafonds ist also richtig: Reiche Länder, die für den Klimawandel verantwortlich sind, sollen den Ländern helfen, die den Schaden des Klimawandels tragen. Es scheint den Regierungschefs aber noch an einem ähnlichen Level von Altruismus zu mangeln, wie den Bankern der ökonomischen Krise dieses Jahr zuteil wurde. Und obwohl die Banker zu einem guten Teil an der Finanzkrise verantwortlich waren, kann man dies bezüglich des Klimawandels von den meisten Entwicklungsländern eher nicht behaupten.

Neben dem Klima-Dossier enthält der Februar-Brennpunkt auch Beiträge zur politischen Situation in Entwicklungsländern, insbesondere in Chile (Après 20 ans de gouvernements de gauche, la droite revient au pouvoir), in Uruguay (Linksbündnis regiert in zweiter Amtszeit) und auf den Philippinen (Verschwinden lassen mit System). Hervorgehoben sei schließlich ein Artikel der zeigt, wie mit EU-Hilfsgeldern die Speicherung von biometrischen Daten von Flüchtlingen finanziert wird.

www.astm.lu

LÉTZEBUERGER VÉLOS-INITIATIV A.s.b.l.

engagéiert sech säit 25 Joer fir d'Promotioun
vum Vélo am Alldag a sicht een/eng:



VELOmobil
Lëtzebuurger Vélos-Initiativ

COORDINATEUR/TRICE

(20 Stonnen d'Woch) CDD
flexibel Aarbechtszäiten

- Bac+2 oder berufleche Erfahrung
- Redaktionell Aarbechten am Däitschen, Franséischen a Lëtzebuergesch; englesch Kenntniss
- Administrativ Aarbechten
- Kenntniss am Office Pro an Internet
- Eegestännegt Schaffen
- Interesséiert um Thema Vélo

Schéckt w.e.g. Är Demande mat Liewenslaf bis de 16. Mäerz 2010 un
LVI 6, rue Vauban L-2663 Luxembourg oder un **lvi@velo.lu**